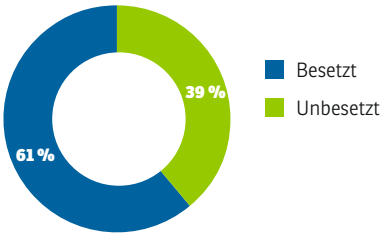
Bildungspolitik aktuell: **Ja zur Ausbildung. Nein zur Strafabgabe für alle Unternehmen**

Aktuell liegt im Berliner Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf zur Einführung einer sogenannten Ausbildungsumlage vor. Diese droht, falls die Wirtschaft zwischen Ende 2023 und 2025 keine 2.000 zusätzlichen Ausbildungsverhältnisse schafft. Die aktuellen Ergebnisse der IHK-Ausbildungs- und Azubiumfrage zeigen, dass eine sogenannte Ausbildungsumlage die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht lösen wird.

MANGEL AN GEEIGNETEN BEWERBUNGEN

Rund 40 % der Berliner Ausbildungsbetriebe konnten im laufenden Ausbildungsjahr nicht alle Ausbildungsplätze besetzen. Bei knapp zwei Drittel der davon betroffenen Unternehmen lag keine geeigneten Bewerbungen vor. Die sogenannte Ausbildungsplatzumlage löst nicht eine der größten Herausforderungen: Die fehlende Passung.

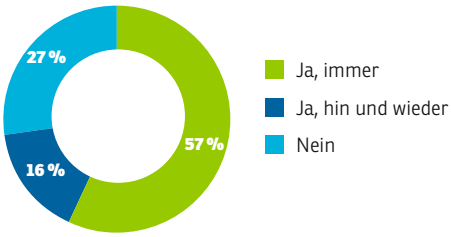
Anzahl besetzter Ausbildungsplätze



AGENTUR FÜR ARBEIT VERLIERT AN RELEVANZ

Nur noch 18 % der befragten Auszubildenden haben ihren Ausbildungsplatz über die Agentur für Arbeit gefunden – deutlich weniger als mit 25 % im Vorjahr. Auf Unternehmensseite melden 43 % ihre Ausbildungsplätze entweder gar nicht (27 %) oder nur unregelmäßig (16 %) bei der Agentur für Arbeit.

Meldung von Ausbildungsstellen an die Agentur für Arbeit



Als Hauptgrund nennen sie unzureichende oder unpassende Vermittlung. Gleichzeitig geben 79 % dieser Betriebe an, ihre Plätze eigenständig erfolgreich besetzen zu können. Das zeigt: Statt neuer bürokratischer Instrumente sind Innovationen in der passgenauen Beratung und der erfolgreichen Vermittlung notwendig.

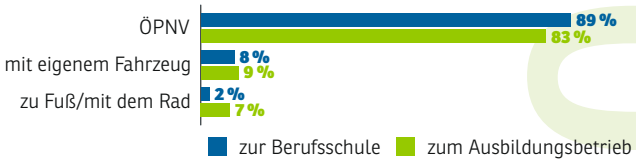
ÖFFENTLICHER DIENST MUSS VORBILD SEIN

Die Verwaltung sollte ihren Beitrag zum Erreichen der zusätzlichen Ausbildungsverhältnisse leisten. Stattdessen hat 2024 der öffentliche Dienst 180 weniger neue Auszubildende als im Vorjahr eingestellt – ein Minus von 18 %. Wer glaubwürdig für Ausbildung eintreten will, muss mit gutem Beispiel vorangehen.

WOHNRAUM UND ÖPNV PRIORISIEREN

44 % der Unternehmen geben an, dass die Wohnraumsituation in Berlin die Besetzung von Ausbildungsplätzen erschwert. Die Azubis finden keine bezahlbare Unterkunft – besonders schwierig für jene, die nicht im Elternhaus wohnen können. Gleichzeitig fehlen bezahlbare Mobilitätsangebote, obwohl über 80 % der Azubis auf den ÖPNV angewiesen sind, um zur Berufsschule oder den Ausbildungsbetrieb zu gelangen. Vom Senat geförderten Angebote gibt es für alle Schülerinnen und Schüler sowie für die Studierenden. Das Azubi-Ticket ist dagegen ausgelaufen. Die Politik muss hier umgehend nachsteuern.

Verkehrsmittel zum Lernort



LINKS

Rechner zur sogenannten Ausbildungsumlage

ANSPRECHPARTNERINNEN

A. Neidhardt, S. Theede, K. Wiesner
Telefon: +49 30 31510 -829
E-Mail: sandra.theede@berlin.ihk.de